

Gabriele Winker

## **Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive**

Zeit und Ressourcen für Selbstsorge ebenso wie für die Sorge um andere sind für die Verwirklichung menschlicher Lebensbedürfnisse und -interessen von grundlegender Bedeutung. Das kapitalistische System in der derzeit vorherrschenden neoliberalen Form beschränkt jedoch mit entgrenzter und prekärer Lohnarbeit die Zeit für die existenziell wichtige Sorgearbeit. Gleichzeitig reduziert der Staat Aufwendungen in den Bereichen der Bildung, Gesundheit und Pflege sowie diverser sozialer Dienste und zerstört damit die existenzielle Absicherung und soziale Förderung menschlichen Lebens. Ich spreche deswegen von einer Krise sozialer Reproduktion. Abschnitt 1 verdeutlicht, wie in einem kapitalistischen System die warenförmige Produktion von Gütern und Dienstleistungen mit der Reproduktionssphäre verknüpft ist und warum eine umfassende Existenzsicherung unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen schwer zu realisieren ist. Abschnitt 2 zeigt, welche ökonomische Bedeutung Care Tätigkeiten in privatwirtschaftlichen, staatlichen und familiären Bereichen haben, wie die derzeitige Familienpolitik als Wirtschaftspolitik betrieben wird und wie unter diesen schwierigen Bedingungen Menschen mit Sorgeverpflichtungen agieren. Dies ist Grundlage für den im Abschnitt 3 geforderten politischen Paradigmenwechsel, *eine Care Revolution*.

### *1. Verschränkung von Produktions- und Reproduktionssphäre*

Die Frauen- und Geschlechterforschung verweist seit fast einem halben Jahrhundert mit Nachdruck auf die Engführung des Arbeitsbegriffs als Lohnarbeit und macht deutlich, wie unverzichtbar für das gesellschaftliche Wohlergehen die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit bzw. die Reproduktionsarbeit ist (vgl. u.a. Bock/Duden 1977 u. Kontos/Walser 1979). Unter Reproduktionsarbeit soll die unter den jeweiligen kapitalistischen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Tätigkeiten verstanden werden, die nicht warenförmig, sondern ausschließlich am Gebrauchswert orientiert in familialen und ehrenamtlichen Bereichen realisiert werden. Dies umfasst vor allem die Ernährung, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen als neue Generationen von Arbeitskräften sowie die Reproduktion der eigenen Arbeitsfähigkeit wie auch die Reproduktion anderer Erwerbspersonen. Reproduktionsarbeit im breiten Sinne fokussiert so nicht nur auf die (Wieder-)Herstellung von Arbeitskraft, sondern bezieht auch das Wohlbefinden ehemaliger Arbeitskräfte und damit die Versorgung unterstützungsbedürftiger alter Menschen ein. Diese Reproduktionsarbeiten überschritten in der BRD im Jahre 2001 mit einem Gesamtvolumen von 96 Mrd Stunden die insgesamt 56 Mrd Stunden Erwerbsarbeit um das 1,7-fache und sind weit überproportional Frauen zugeordnet (BMFSFJ/Statistisches Bundesamt 2003, 11).

*Reproduktion von Arbeitskraft und ihre Kosten* – Bei der Frage nach der Verschränkung von Produktion und Reproduktion ist es hilfreich, auf die arbeitswerttheoretischen Überlegungen von Karl Marx zurückzugreifen. Danach ist der Wert der Arbeitskraft gleich jeder anderen Ware durch die Arbeitszeit bestimmt, die zur Produktion bzw. Reproduktion dieser spezifischen Ware notwendig ist (MEW 23, 184). In diesen Wert fließen nicht nur die Kosten für die Aufrechterhaltung der eigenen Arbeitskraft des Lohnarbeitenden ein, sondern auch die Reproduktionskosten für eine neue Generation (185f, 417). Lohnarbeitende erhalten den Wert ihrer Arbeitskraft in Form des Lohnes, von dem sie sich selbst unterhalten und Kinder großziehen können. Der Wert der Ware Arbeitskraft und damit auch der Durchschnittslohn hängt also direkt von der Menge der Güter und Dienstleistungen ab, die Lohnarbeitende für ihre eigene Reproduktion und die von ihnen finanziell abhängigen Familienmitglieder benötigen. Marx betont, dass »die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element« enthält (185).

Im Unterschied zu jeder anderen Ware hat die Ware Arbeitskraft die Besonderheit, dass sie Mehrwert schafft und die Realisierung von Profit durch die Produktionsmittelbesitzenden ermöglicht. Daraus ergibt sich, dass es für die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht nur wichtig ist, dass Arbeitskraft reproduziert wird, sondern dass diese Reproduktion auch möglichst günstig realisiert wird. Wie dies konkret passiert – in Klein- oder Großfamilien oder mit Unterstützung von im Haushalt kostengünstig Beschäftigten –, ist in der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses weitgehend unbedeutend. Entscheidend ist, dass die entstehenden Reproduktionskosten die Profitrate nicht allzu sehr belasten. Mit steigender Frauenerwerbsarbeit fällt – bei ansonsten gleich bleibenden Kräfteverhältnissen – der durchschnittliche Lohn, da kein Familienlohn mehr erforderlich ist und zwei Familienmitglieder zur Deckung der Lebensunterhaltskosten einer Familie beitragen. Auch wenn die Gesamtlebenshaltungskosten einer Doppelversorger-Familie wegen des vermehrten Kaufs von Fertigwaren steigen und damit für zwei Familienmitglieder mehr Lohn bezahlt werden muss als früher für eines, ist dies für die Verwertungsbedingungen dennoch günstig, da zwei Lohnarbeitende eine deutlich erhöhte Mehrarbeit liefern (417).

Deutlich wird, dass die Produktions- und Reproduktionssphäre strukturell verschränkt und geschlechtlich konnotiert sind. Mit der marxischen Argumentation lässt sich zeigen, dass die jeweilige Organisationsform familialer und gesellschaftlicher Reproduktion der Arbeitskraft einen wesentlichen Einfluss auf die Kosten der Ware Arbeitskraft, d.h. auf den Durchschnittslohn hat.

*Vom Fordismus zum Post-Fordismus: Krise sozialer Reproduktion* – In einem kapitalistischen System findet Sorge für Menschen demnach nur soweit Berücksichtigung, als es für das ökonomische Ziel, möglichst hohe Profite zu erzielen, von Bedeutung ist. Benötigt werden hoch kompetente, mobile Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen und Gehältern, ohne dass für deren Reproduktion und Bereitstellung zu hohe Kosten entstehen. In der fordistischen Hochphase der BRD (1960 bis ca. Mitte der 1970er Jahre) übernahmen dies nicht- oder teilzeitbeschäf-

tigte Ehefrauen unter nicht warenförmigen Bedingungen. Im Gegenzug erhielten die meist männlichen Ernährer einen sogenannten Familienlohn, der aus heutiger Sicht verhältnismäßig hoch war und die Alimentation der Ehefrau und die finanzielle Versorgung von Kindern erlaubte. So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten bis in Kreise der Facharbeiterschaft hinein den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten. Individuelle und soziale Risiken wie Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit und Altersversorgung waren weitgehend durch beitragsfinanzierte Sicherungssysteme und damit verbundene staatliche Sozialleistungen abgesichert. In dieser fordistischen Phase wird deutlich, was Marx mit der historischen und moralischen Komponente des Wertes der Ware Arbeitskraft meint. Ulrich Busch und Rainer Land betonen, dass der Fordismus »historisch bis dahin unbekannte Möglichkeiten für die Entwicklung von Individualität der Lohnabhängigen eröffnet, die weit über die Reproduktion der Arbeitskraft hinausgehen« (2009; zit.n. Dölling 2010, 35). Allerdings führen die in dieser Zeit steigenden Reallöhne, dies zeigt Stephan Krüger (2010, 465), zu sinkenden Mehrwertraten und tragen damit in der Folge auch zu fallenden Profitraten bei. Mit den sich seit Mitte der 1970er Jahre verschärfenden ökonomischen Wirtschaftskrisen zeigt sich, dass das Ernährermodell für die Kapitalverwertung mit verhältnismäßig hohen Kosten verbunden ist – einem Familienlohn sowie hohen Sozialausgaben.

Inzwischen führen sinkende Reallöhne verbunden mit der Durchlöcherung des Sozialsystems dazu, dass sich nicht nur einkommensschwache, sondern auch viele Mitglieder der sogenannten sozialen Mitte diese Lebensform nicht mehr leisten können. Heute steht das Zwei-Verdiener-Modell (*adult-worker-model*) im Zentrum, bei dem alle erwerbsfähigen Personen – unabhängig von ihrem Geschlecht, dem Familienstatus sowie der Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen haben (vgl. ausführlicher Winker 2007). Mit dieser Entwicklung verliert das traditionelle Konzept der Hausfrau an Bedeutung. So stehen viele Frauen – zumal bei hoch flexiblen Arbeitszeitanforderungen – nicht mehr für die Reproduktionsarbeiten zugunsten aller Familienmitglieder zur Verfügung. Dies lässt sich auch als später Erfolg der zweiten Frauenbewegung lesen, für die die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen durch ihren Zugang zur Erwerbsarbeit wesentlich war (vgl. u.a. Soiland 2009, 412). Für viele Frauen wird allerdings die Abhängigkeit vom Familienernährer durch eine Pflicht zur Vermarktung der eigenen Arbeitskraft unter prekären Bedingungen oder durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen des SGB II ersetzt. Nancy Fraser stellt hierzu treffend fest, dass »der Traum von der Frauenemanzipation in den Dienst der kapitalistischen Akkumulationsmaschine gestellt« wird (2009, 52). Parallel zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt steigen die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die Reproduktionsarbeit. Familien werden zu Schaltstellen eines umfassenden und komplexen Managements. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe von Eltern, primär von Müttern, mobil und flexibel für das warme Mittagessen,

die Hausaufgabenbetreuung oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten zur Verfügung zu stehen. Dazu kommt die aufgrund staatlicher Deregulierung und demographischer Entwicklung gleichermaßen wachsende Verantwortung für kranke und unterstützungsbedürftige Angehörige. Und auch die individuelle Reproduktion wird immer aufwendiger, da es gilt, die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern sowie einen eigenverantwortlichen Umgang mit permanenten Überforderungen und Gesundheitsrisiken zu erlernen. Insbesondere Frauen müssen die unterschiedlichen, durch die steigenden Anforderungen immer dichter werdenden Zeitpläne der Familienmitglieder synchronisieren und leiden selbst unter permanenter Zeitnot bzw. Stress.

Offensichtlich ergibt sich aus zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und steigenden Reproduktionsanforderungen eine Reproduktionslücke. Dabei gilt es zu beachten, dass die Ware Arbeitskraft sich von anderen Waren nicht nur durch die Produktion von Mehrwert unterscheidet, sondern auch durch ihren Produktionsprozess: Die Ware Arbeitskraft »existiert nur in lebendigen Menschen, deren Bedürfnis nach materieller Existenzsicherung unlösbar verknüpft ist mit ihrem Bedürfnis nach menschlichen Beziehungen« (Kontos/Walser 1979, 64). Aus diesem Grund ist Sorgearbeit für sich und andere für die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen, aber auch für das kapitalistische System von grundlegender Bedeutung.

## 2. *Care im neoliberalen System*

Während mit dem Begriff der Reproduktionsarbeit als Pendant zur Lohnarbeit auf die Bedeutung der Haus- und Sorgearbeit für das kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung fokussiert wird, kommt mit der seit den 1980er Jahren einsetzenden Care Debatte die Gesamtheit der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit in den Blick. Wie Margrit Brückner (2010) und ähnlich Mascha Madörin (2006) verstehe ich unter Care sowohl die Gesamtheit der familiären Sorgearbeit als auch Erziehungs- und Betreuungstätigkeiten in Institutionen wie Kindergärten, Schulen und Altersheimen. Auch in dieser Debatte wird darauf verwiesen, dass es überwiegend Frauen sind, die diese Care Tätigkeiten ausführen. Da familiäre Care Work keine gesellschaftliche Anerkennung erfährt, werden entsprechend auch personennahe Tätigkeiten wie Betreuung und Pflege in staatlichen oder privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbereichen gering entlohnt. In der international geführten Diskussion um den Begriff Care stehen die konkreten inhaltlichen Tätigkeiten des Sorgens, deren Besonderheiten und die dafür notwendigen Kompetenzen im Vordergrund des Interesses. Gleichzeitig wird hier ebenfalls betont, welche hohe ökonomische Bedeutung dem großen Wirtschaftssektor der Care Tätigkeiten zukommt. Care Tätigkeiten können in einer kapitalistischen Gesellschaft unterschiedlich realisiert werden. In der Regel werden sie mit einem Mix aus unbezahlten bzw. gering entlohnten Tätigkeiten innerhalb von Familien einerseits sowie staatlichen und privatwirtschaftlichen Dienstleistungen andererseits ausgeführt. Im Folgenden werde ich zunächst abstrakt verdeutlichen, welche Kosten durch Care Tätigkeiten für die Kapitalakkumulation

entstehen, dann skizzieren, welchen konkreten Weg die bundesdeutsche Familienpolitik geht, um abschließend die Reproduktionsstrategien zu benennen, die unter diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Menschen mit Sorgerverpflichtungen realisieren.

*Kapitalakkumulation und Care* – Die für die Kapitalverwertung billigste Variante ist es, wenn Care Tätigkeiten zusätzlich zu einer eigenen, die Existenz sichernden Erwerbsarbeit oder einer eigenen Rentenabsicherung realisiert werden. Dann sind sie ohne Kosten für das Kapital. Auch wenn erziehende und pflegende Personen staatliche Transferleistungen (Kinder-, Eltern- oder Pflegegeld), Steuererleichterungen oder Rentenanwartschaften erhalten, erschweren diese Motivationsanreize die Kapitalakkumulation nur geringfügig. Finanziell besser gestellte Erwerbstätige delegieren Care Work oft an Haushaltsarbeiterinnen, häufig illegalisierte Migrantinnen, die nicht sozialversichert sind und nur gering entlohnt werden. Auch dieses Vorgehen belastet den Wert der Arbeitskraft nicht allzu sehr. Staatliche Regulierung setzt deswegen auf diese Form der Beschäftigung, auch wenn sie meist in der Schattenwirtschaft stattfindet und gesetzwidrig ist.

Dagegen ist die weit weniger häufig anzutreffende Ökonomisierung von Sorgearbeit durch privatwirtschaftliche und damit warenförmig organisierte Care Angebote teuer in dem Sinne, dass sie die Profitrealisierung für die meisten Kapitalfraktionen einschränkt. Zwar stellt diese Form der Vermarktlichung einen direkten Bestandteil des Produktionsprozesses dar; entsprechend können Pflege-Unternehmen beispielsweise profitabel für das jeweilige Einzelkapital sein. Deswegen entspricht dieses Vorgehen zunächst dem neoliberalen Credo, möglichst alle Bereiche profitorientiert über den Markt abzuwickeln. Doch gleichzeitig steigert ein hoher Prozentsatz von über die Warenwirtschaft abgewickelten Care Dienstleistungen die durchschnittlichen Reproduktionskosten der Lohnarbeit. Dies erhöht tendenziell den durchschnittlichen Wert der Arbeitskraft und senkt damit tendenziell die Mehrwertrate.

Ein weiterer ökonomischer Aspekt, der aus der Perspektive der kapitalistischen Akkumulationslogik »die Care-Ökonomie heute in eine Krise« treibt (Madörin 2006, 286), besteht im Problem divergierender Produktivitäten: Care Tätigkeiten haben die Eigenheit, dass sie sich durch technische Innovationen oder effizientere organisatorische Gestaltung von Arbeitsabläufen nicht in dem Maße rationalisieren lassen, wie das in der Güterproduktion der Fall ist. Insbesondere Sorge- und Pflegearbeit lässt sich nicht schneller und effizienter gestalten, sondern erfordert Zeit. Die damit verbundenen geringeren Produktivitätsfortschritte verteuern Care Work gegenüber der Güterproduktion. Dies ist auch der Grund, warum staatliche Dienstleistungen für Care immer mehr in den Fokus neoliberaler Sparpolitik geraten. Die Gesamtausgaben dafür steigen bei gleichen oder sogar verminderten Leistungen kontinuierlich an. So bleibt als Rationalisierungsstrategie nur, einerseits durch Abwertung der geschlechtlich konnotierten Arbeit das Lohndumping zu forcieren und andererseits mit einem »subjektivierten Taylorismus« (Matuschek u.a.) Arbeitsverdichtung und minutengetaktete Vorgaben für die zu erbringenden Leistungen voranzutreiben.

*Familienpolitische Regulierung* – Die geschilderten Zusammenhänge beeinflussen deutlich sichtbar die derzeitige bundesdeutsche Familienpolitik. Sie unterstützt und finanziert Care nur dort, wo dies dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist und möglichst wenig kostet. Dabei ist für das Bundesfamilienministerium die Erhöhung der Geburtenrate sowie eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ein zentrales Anliegen (vgl. Rürup/Gruescu 2003, 57). So soll das zum 1.1.07 in Kraft getretene Elterngeldgesetz Anreize schaffen, damit mehr Kinder geboren werden und gleichzeitig Mütter schnell wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen. Dabei fördert dieses Elterngeld primär gut verdienende Beschäftigte der gehobenen Mittelschicht, da es als Lohnersatzleistung für ein Jahr bzw. 14 Monate realisiert ist und sich bis zur Höchstgrenze von 1800 € monatlich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Mütter und Väter ohne Einkommen erhalten dagegen nur ein Mindestelterngeld in Höhe von 300 € pro Monat, das seit 1.1.11 für Eltern im Hartz-IV-Bezug als Einkommen angerechnet wird. Das entspricht faktisch einer Streichung. Es geht also mit dem Elterngeld explizit nicht um die allgemeine Unterstützung von Reproduktionsarbeit, die für alle Kinder anfällt. Auch die am 1.1.09 in Kraft getretene Unterhaltsreform zielt darauf, Erwerbstätigkeit von Kindererziehenden (in der Regel Frauen) zu forcieren. Alle Kinder unterhaltspflichtiger Partner und Partnerinnen erhalten Vorrang vor dem Unterhalt für geschiedene Ehefrauen (oder auch Männer); deren Unterhalt wird entsprechend eingeschränkt oder entfällt ganz. Das zwingt Frauen nach der Scheidung, ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten, auch wenn sie Kinder zu versorgen haben, die älter als 3 Jahre sind. Da Frauen nach wie vor deutlich weniger verdienen als Männer und vor allem nach einer Familienphase schlechtere Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, werden sich mit diesem neuen Recht viele Reproduktionsarbeit leistende Frauen nach einer Scheidung in prekären Lebensverhältnissen wiederfinden.

Damit sich familiäre Sorgearbeit besser mit umfassender Frauenerwerbstätigkeit verbinden lässt, werden schleppend staatliche Care-Angebote realisiert. So sieht das am 1.1.05 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz vor, bis zum Jahre 2013 für ein Drittel der Kinder bis zu drei Jahren einen Betreuungsplatz (in Krippen oder durch Tagesmütter) zur Verfügung zu stellen, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf öffentlich unterstützte Betreuung. Hintergrund ist, dass die BRD mit einer Betreuungsquote von derzeit 20,4 % (14,6 % in Westdeutschland und 46 % in Ostdeutschland) (BMFSFJ 2010, 28f) hinter den anderen EU-Mitgliedsländern liegt. Damit lassen sich für viele Eltern, insbesondere Mütter, Kindererziehung und Berufstätigkeit nicht vereinbaren.

Kinder sind die Arbeitskräfte von morgen. Deswegen werden Angebote für ihre Betreuung derzeit etwas ausgebaut, während der Stellenwert von Care Work für pflege- und unterstützungsbedürftige alte Menschen deutlich geringer ist. Diese Arbeit wird zu großen Teilen den Familien, d.h. im Wesentlichen den Frauen überlassen. Solange sie vor allem im Rentenalter bzw. in ihren letzten Erwerbsjahren übernommen wird, schränkt dies die Erwerbstätigenquote auch nur begrenzt ein. Nach der Familienpflegezeit, die am 1.1.12 in Kraft treten wird, können Beschäf-

tigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal 2 Jahren auf bis zu 50 % reduzieren, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Gleichzeitig erhalten sie 75 % des letzten Bruttoeinkommens. Wenn sie wieder voll arbeiten, bekommen sie allerdings ebenfalls nur 75 % des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Die Beschäftigten, die gesellschaftlich notwendige Pflegearbeit leisten, müssen also Gehaltseinbußen von bis zu einem Viertel ihres Bruttogehalts über vier Jahre in Kauf nehmen. Geringverdienende sind vollständig ausgeschlossen, da sie von 75 % ihres Bruttogehalts in der Regel nicht leben können. Und auch wenn Familien zusätzlich Pflegegeld erhalten, entspricht diese Bezahlung in keiner Weise dem Zeitaufwand und den damit verbundenen physischen und psychischen Belastungen.

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten: Die derzeitige Politik setzt darauf, dass Familien und dort insbesondere Frauen möglichst viele Care Tätigkeiten kostengünstig übernehmen, und reduziert damit Kosten für staatliche personennahe Dienstleistungen (vgl. ausführlicher Winker 2008). Viele Menschen mit Sorgeverpflichtungen sind verstärkt Doppelbelastungen ausgesetzt und/oder haben mit finanziellen Einbußen zu kämpfen. Eltern- und primär Mutterschaft wird so zu einer wichtigen Kategorie sozialer Ungleichheit (Lenze 2008). Familien werden nur dort unterstützt, wo ansonsten das ökonomische Wachstum beeinträchtigt wird. Familienpolitik ist damit im Kern Wirtschaftspolitik.

*Derzeitige Reproduktionsstrategien* – Da es bisher keine umfassende Politik zur sozialen und finanziellen Unterstützung für alltäglich anfallende Sorgearbeit gibt, stehen die meisten Menschen mit Sorgeverpflichtungen vor der schwierigen Aufgabe, den Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit individuell zu meistern. Die Konsequenz: Viele Frauen befinden sich heute in einer Art Reproduktionsfalle. In ihrer Erwerbsarbeit sind sie mit zunehmenden Flexibilitätsansprüchen der Unternehmen, kontinuierlich steigendem Leistungsdruck, Arbeitszeitverlängerung sowie Reallohn senkung konfrontiert. Entsprechend des neoliberalen Credo der Eigenverantwortung setzen sie gleichzeitig alles daran, diese beruflichen Anforderungen mit den zunehmenden Aufgaben der Selbstorganisation und den gestiegenen Leistungsansprüchen bei der Reproduktionsarbeit zu vereinbaren. In aller Regel führt dies zu Überbeanspruchung und Überlastung. Dabei sind Familien höchst unterschiedlich in der Lage, mit diesem Dilemma umzugehen. Diese unterschiedlichen Umgangsformen in Familien stelle ich idealtypisch anhand von drei Familienmodellen dar (vgl. ausführlicher Winker 2007).

Nur wenige finanziell besser gestellte Erwerbstätige können es sich in *ökonomisierten* Familienmodellen leisten, diese Doppelbelastung dadurch zu vermindern, dass sie Care Work an Haushaltsarbeiterinnen delegieren. Dies sind häufig illegalisierte Migrantinnen, die kostengünstig und nicht abgesichert arbeiten. Sie schließen eine Versorgungslücke zwischen globalisierter Ökonomie, neoliberaler Politik und ökonomisierten Familien. Andere wiederum leben in *prekären* Familienmodellen, in denen zumindest eine Person nicht in der Lage ist, sich über Erwerbsarbeit eine Existenz sichernde Perspektive zu erarbeiten. Aufgrund ihrer Reproduktionsverpflichtungen sind es meist die Frauen, die vom Haupternährer abhängig bleiben.

Dieser ist in der Regel allerdings auch nicht in der Lage, eine Familie mit Kindern auf einem durchschnittlichen Lebensstandard zu versorgen. In solchermaßen unsicheren Verhältnissen sind Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Sie versuchen über Teilzeit-, Mini- oder Midi-Jobs möglichst viel zum Familieneinkommen beizutragen, bleiben aber für den Großteil der Reproduktionsarbeit zuständig, da sie Sorge- und Pflegearbeit aus finanziellen Gründen nicht an bezahlte Dritte weitergeben können. Was dabei oft deutlich zu kurz kommt, ist die Selbstsorge (vgl. Nowak u.a. 2011). In *subsistenzorientierten* Familienmodellen finden sich diejenigen wieder, die auf die staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Sie sind wegen Reproduktionsverpflichtungen oder wegen ihrer nicht nachgefragten Qualifikationen nicht in der Lage ihre Arbeitskraft zu verkaufen und werden in einer Gesellschaft, in der nur Lohnarbeit zählt, abgewertet und stigmatisiert. Und dennoch unternehmen auch sie vielfältige Aktivitäten zur Absicherung ihrer Existenz und kommen damit den Appellen zur ›Selbstführung‹ nach, ohne allerdings über entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu verfügen.

Anhand dieser typisierten Familienmodelle lässt sich zeigen, dass weiterhin vor allem Frauen die anfallende Reproduktionsarbeit erledigen, die konkrete Arbeitsteilung stellt sich jedoch je nach finanziellen Ressourcen und damit je nach Klassenlage unterschiedlich dar. Der ungleiche Zugang zu der Erwerbssphäre führt zu unterschiedlichen familiären Arbeitsteilungen und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Realisierung notwendiger Reproduktionstätigkeiten.

### 3. Care Revolution als politischer Weg

Der Bedarf an sozialen Praxen des Sorgens für andere und der Selbstsorge ist groß. Gleichzeitig ist nicht klar, ob und wie unter kapitalistischen Bedingungen Care Work so gestaltet werden kann, dass einer Unterversorgung und damit einer sozialen Reproduktionskrise begegnet wird. Klar ist allerdings, dass bisherige Gestaltungsmaßnahmen auch aus frauenpolitischen Perspektiven zu kurz greifen: Hier wird die Emanzipation von Frauen oft primär in ihrer beruflichen Integration und Gleichstellung thematisiert. Interessanterweise reproduziert diese Fixierung auf die Forderung nach Gleichstellung in der Erwerbsarbeit, wie Irene Dölling (2010, 40) feststellt, implizit die Nachrangigkeit der Haus- und Sorgearbeit, wogegen sich die Frauen- und Geschlechterforschung jahrzehntelang gewandt hat. Darüber hinaus geht es in der Frauenpolitik um eine reziproke Annäherung von typisch männlichen und typisch weiblichen Arbeitskarrieren und damit auch um die Übernahme von Reproduktionsarbeit durch Männer, ohne dabei allerdings die Bedingungen, Formen und das gewachsene Ausmaß der Reproduktionsarbeit umfassend zur Kenntnis zu nehmen. So greifen diese Forderungen zu kurz, da sie politisches Handeln nicht konsequent auf der Grundlage der Care Perspektive entwickeln (vgl. auch Rerrich 2010, 87).

Wichtig ist mir, von der individuellen und generativen Reproduktion aus zu denken und die dafür notwendigen Tätigkeiten in den Fokus von politischem Handeln zu stellen. Im Mittelpunkt des Denkens, Sprechens und Handelns sollten die



Tätigkeiten stehen, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse notwendig sind, die auf den Gebrauchswert abheben und nicht der kapitalistischen Verwertungslogik folgen. Ich plädiere deswegen für einen grundlegenden Perspektivenwechsel – für einen Ausstieg aus dem Wachstumsfetischismus, der zu immer größeren sozialen Ungleichheiten, nicht zuletzt auf Kosten von Müttern führt, und fordere eine *Care Revolution*. Dabei geht es um nicht weniger als die Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen und damit die Verfügung über die relevanten Lebensbedingungen zur Befriedigung grundlegender Bedürfnisse im Zentrum stehen. So werden u.a. Muße (zum Begriff vgl. Braun 1999) und Zeit für Sorgearbeit – bei gleichzeitiger sozialer Absicherung – das Ziel gesellschaftlicher Transformation. Dabei ist allerdings die Frage, was unter menschlichen Bedürfnissen verstanden werden kann, bereits Teil einer neuen Politik. Nancy Fraser verdeutlicht, wie nicht nur die Bedürfnisbefriedigung, sondern auch die »auf Bedürfnis zentrierte Rede« umkämpfte politische Felder darstellen (1994, 249). Sie plädiert für eine »Politik der Bedürfnisinterpretation«. Dabei geht es erstens darum, den politischen Status eines Bedürfnisses zu etablieren oder zu verweigern, zweitens festzulegen, wie es zu befriedigen ist und drittens sicherzustellen, dass Menschen die akzeptierten Bedürfnisse auch befriedigen können (251ff). Wichtig für ein Handeln im Sinne der *Care Revolution* ist es somit, die bisher abgewerteten legitimen Grundbedürfnisse neu zu interpretieren, sie aus der Zone der Privatheit herauszuholen und in alternative und hegemoniale Öffentlichkeiten hineinzutragen. Allerdings darf das Ziel einer solchen Politik nicht die Administration der Bedürfnisbefriedigung sein (274). Denn es geht, wie Klaus Holzkamp (1985) deutlich macht, nicht um Wohltaten und damit neue Abhängigkeiten der Empfängerinnen und Empfänger. Vielmehr muss das eigenständige Handeln für eine gelingende Selbstsorge und Sorge für andere Grundvoraussetzung bleiben. Dennoch bleibt die Frage, wie die Debatte um die grundlegenden Bedürfnisse inhaltlich zu beginnen ist. Fraser gibt den Hinweis, dass Bedürfnisse Vorrang haben, die in demokratischen Prozessen entstehen und sozialen Ungleichheiten entgegenwirken (1994, 282f). Interessant finde ich darüber hinaus die Taxonomie menschlicher Grundbedürfnisse von Manfred Max-Neef u.a. Die Autoren fordern im lateinamerikanischen Kontext eine Entwicklung nach menschlichem Maß. Sie schlagen neun axiologische Wertkategorien vor: Subsistenz, Schutz, Zuwendung, Verständnis im Sinne von Verstehen, Partizipation, Muße, Kreativität, Identität und Freiheit (1990, 24).

Was bedeutet dies für politisches Handeln im Sinne der *Care Revolution*? *Erstens* müssen gesellschaftliche Bedingungen angezielt werden, in denen sich individuelle und generative Reproduktionsarbeit mit Zeit und in existenzieller Absicherung realisieren lassen. Daher ist eine verbindliche und drastische Reduktion der individuellen Erwerbsarbeit notwendig. Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit hat – mit Ausnahme bei sehr gut Verdienenden – ohne Lohnkürzungen zu erfolgen, um den ständig sinkenden Reallöhnen entgegenzuwirken und allen Erwerbstätigen eine der gesellschaftlichen Entwicklung angemessene Reproduktion für sich und ihre Kinder zu ermöglichen. Darüber hinaus ist insbesondere für Menschen

mit Sorgeverpflichtungen eine grundlegende soziale Absicherung auch jenseits der Erwerbsarbeit notwendig. Hier bietet sich das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens an, das ohne Bedarfprüfung an jedes Individuum gezahlt wird und in der Höhe so ausgestattet ist, dass es die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. *Zweitens* gilt es, die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Reproduktionsarbeit mit einem deutlich ausgebauten Netz staatlich oder genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen zu verbinden. Notwendig ist der Ausbau von differenzierten Angeboten im Bereich der Kinderbetreuung sowie der Altenpflege, die überall dort zum Einsatz kommen sollten, wo Tätigkeiten innerhalb von Familien nicht realisierbar sind oder gemeinschaftliche Care Arbeit deutlich mehr Qualität hervorbringt. Auch qualitativ hochwertige Bildungsangebote und umfassende Gesundheitsversorgung würden viele familiäre Reproduktionstätigkeiten erleichtern. Diese Dienstleistungen gilt es von professionell ausgebildetem Personal steuerfinanziert ohne Gebühren und damit kostenlos für die Bezieherinnen und Bezieher anzubieten. »Der vorhandene gesellschaftliche Reichtum macht es möglich, eine Grundversorgung mit kollektiven Gütern zu realisieren, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen.« (Hirsch 2009, 7) Ferner gilt es darüber nachzudenken, wie auch die Debatte um Commons oder Allmende, die sich ebenfalls der kapitalistischen Warenwirtschaft entziehen und den Gebrauchswert betonen, im Sinne einer *Care Revolution* erweitert werden kann. Zwar beziehen sich noch viele dieser Initiativen auf Güter wie bspw. Lebensmittel. Bei Projekten zum generationenübergreifenden Wohnen jedoch sind bereits die Stärken dieser auf Gemeinschaft orientierten Care Aktivitäten zu erkennen. Gleichzeitig ist *drittens* eine gesellschaftliche Aufwertung von Care Arbeit wichtig. Zunächst sind personennahe Dienstleistungen deutlich höher zu entlohnen. Dies würde für alle Menschen, vor allem die vielen Frauen, die in diesem Bereich tätig sind, endlich Existenz sichernde Löhne bedeuten. Es ist völlig unangemessen, dass der Umgang mit Maschinen weiterhin besser bezahlt wird als die Betreuung und Pflege von Menschen. Mit der Aufwertung von Care Arbeit verbunden mit humanen Aufenthaltsgesetzen ließen sich auch die finanziellen und rechtlichen Arbeitsbedingungen von migrantischen Angestellten in der häuslichen, aber auch in der privatwirtschaftlichen und staatlichen Betreuungs- und Pflegearbeit verbessern und legalisieren. Im Rahmen von Realpolitik geht es also darum, die zeitliche Reduktion von Erwerbsarbeit bei gleichzeitig finanzieller Absicherung für alle durchzusetzen. Gleichzeitig gilt es, einen Ausbau und eine Aufwertung von personennahen Dienstleistungen zu realisieren. Damit lässt sich Arbeit im ganz umfassenden Sinne umverteilen. Eine solche Politik würde auch Personen mit hohen Sorgeverpflichtungen ermöglichen, Muße zu erleben und oft schon gar nicht mehr wahrgenommene Wünsche zu realisieren.

Die dargestellten Maßnahmen einer *Care Revolution*, die für eine ökonomisch hoch entwickelte demokratische Gesellschaft als Selbstverständlichkeit gelten müssten, werden sich nicht leicht durchsetzen lassen, da sie kostenintensiv sind und Profitraten beeinträchtigen. Zwar wird das System kapitalistischer Warenproduktion mit diesem Konzept nicht aufgehoben, aber es wird beschränkt (Hirsch 2009, 8). Nach wie vor

wird es warenförmig produzierte Güter und Dienstleistungen geben, doch nicht mehr in Bereichen, die für die Absicherung der Grundbedürfnisse notwendig sind. Mit einer solchen Zielrichtung wird es denkbar, dass der kapitalistisch organisierte Wirtschaftsbereich schrumpft, zumal Profite über den Ausbau der demokratisierten staatlichen oder genossenschaftlich organisierten Bereiche eingeschränkt werden.

Um diese dargelegten Veränderungen durchzusetzen, bedarf es einer gesellschaftlichen Mobilisierung von unten. Dabei muss ein wesentlicher Ausgangspunkt für Widersetzungspraxen die kollektive Selbstreflexion sein. Notwendig sind Räume für einen Austausch, in dem Menschen eine eigene Vorstellung entwickeln können, inwiefern die persönlichen Einschränkungen keine rein individuelle Angelegenheit, sondern auf strukturelle, veränderbare Bedingungen zurückzuführen sind. Hier ist die geforderte Muße gleichzeitig wiederum die Voraussetzung für zivilgesellschaftliches Engagement, für das heute allzu oft die Zeit fehlt. Intersektionale Perspektiven zeigen, wie unterschiedlich politische Ziele heute sein können; und dennoch verbindet sie der Wunsch, Diskriminierung, Macht und Herrschaftsformen zurückzudrängen. Zeiten der Muße können Inseln sein, befreite Gebiete in dem Sinn, dass sich Menschen klar darüber werden, dass sie in ihren vielfältigen Auseinandersetzungen auch gemeinsame Ziele verfolgen. Vielen geht es um ein selbstbestimmtes Leben, in dem neben Arbeit – Erwerbs- und Reproduktionsarbeit – Zeiten der Muße wichtig sind, die Tätigkeiten ohne Zwang erlauben. Ferner gibt es auch heute bereits zahlreiche Organisationen, Initiativen und Netzwerke, die sich mit einzelnen Themen einer sozialen oder auch ökologischen Transformation auseinandersetzen. Widerstand kann an vielerlei Orten mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen organisiert werden. Einzelne Gruppierungen und Akteure können nicht alle Herrschaftsverhältnisse, die sich im Zusammenhang von Klassenzugehörigkeit, Heteronormativität, rassistischen Zuschreibungen oder körperbezogenen Merkmalen herausbilden, gleichzeitig angreifen (vgl. Winker/Degele 2009). Wichtig ist, dass die unterschiedlichen kollektiven Strategien sich gegenseitig wahrnehmen und sich an strategischen Fragen verbinden. Hier spricht Frigga Haug (2009) von einer Politik des Verknüpfens, die es zu entwickeln gilt. Verbindend könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch politisches Handeln, das an Care orientiert ist. Dies würde allen Menschen Zeit für sich und andere sowie Zeit zur gesellschaftlichen Teilhabe bei gleichzeitiger Existenzsicherheit ermöglichen.

### Literatur

Bock, Gisela, u. Barbara Duden, »Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus«, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Berlin 1976, 118-99

Braun, Anneliese, »Konkrete Utopie jenseits der Arbeit?«, in: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 38, 10. Jg., 1999, 88-100

Brückner, Margrit, »Entwicklungen der Care-Debatte – Wurzeln und Begrifflichkeiten«, in: U. Apitzsch u. M. Schmidbaur (Hg.), *Care und Migration*, Opladen 2010, 43-58

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ (Hg.), *Familienreport 2010. Leistungen, Wirkungen, Trends*, Berlin 2010

dies. u. Statistisches Bundesamt (Hg.), *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*, Berlin 2003

Dölling, Irene, »Transformation. Nach dem Ende der ›arbeiterlichen Gesellschaft‹ das Ende der ›Arbeitsgesellschaft?‹«, in: M.Frey u.a.(Hg.), *Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht*, München-Mering 2003, 31-46

Fraser, Nancy, »Der Kampf um die Bedürfnisse. Entwurf für eine sozialistisch-feministische kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus«, in: dies. (Hg.), *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, Frankfurt 1994, 249-91

dies., »Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 54. Jg., 2009, H. 8, 43-57

Haug, Frigga, »Feministische Initiative zurückgewinnen – eine Diskussion mit Nancy Fraser«, in: *Das Argument* 281, 51. Jg., 2009, H. 3, 393-408

Hirsch, Joachim, »Die Krise des neoliberalen Kapitalismus: welche Alternativen?«, [http://www.links-netz.de/pdf/T\\_hirsch\\_alternativen.pdf](http://www.links-netz.de/pdf/T_hirsch_alternativen.pdf), 2009

Holzkamp, Klaus, »Grundkonzepte der Kritischen Psychologie«, in: Diesterweg-Hochschule (Hg.), *Gestaltpädagogik – Fortschritt oder Sackgasse*, Berlin 1985, 31-38 (<http://www.kritische-psychologie.de/texte/kh1985a.html>)

Kontos, Silvia, u. Karin Walser, ... *weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit*, Gelnhausen u.a. 1979

Krüger, Stephan, *Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation. Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen*, Hamburg 2010

Lenze, Anne, »In schlechter Verfassung. Familienpolitik in Deutschland«, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik*, 47. Jg., 2008, H. 3, 15-22

Madörin, Mascha, »Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie«, in: T.Niechoj u. M.Tullney (Hg.), *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie*, Marburg 2006, 277-97

Matuschek, Ingo, Fank Kleemann u. G. Günter Voß, »Subjektivierete Taylorisierung als Beherrschung der Arbeitsperson«, in: *Prokla* 150, 38. Jg., 2008, H. 1, 49-64

Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Bde. 1-42, Berlin/DDR 1957ff, Bd. 23

Max-Neef, Manfred u.a., *Entwicklung nach menschlichem Maß. Eine Option für die Zukunft*, Kassel 1990

Nowak, Iris, Jette Hausotter u. Gabriele Winker, »Handlungsfähigkeit in der neoliberalen Reproduktionskrise. Bewältigungsformen entgrenzter Arbeit in Industrie und Altenpflege«, in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, i.E.

Rerrich, Maria S., »Care und Gerechtigkeit. Perspektiven der Gestaltbarkeit eines unsichtbaren Arbeitsbereichs«, in: U.Apitzsch u. M.Schmidbaur (Hg.), *Care und Migration*, Opladen 2010, 77-93

Rürup, Bert, u. Sandra Grueseu, »Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung«, Gutachten i.A. des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2003

Soiland, Tove, »Gender oder Von der der Passförmigkeit des Subversiven. Über die Konvergenz von Kritik und Sozialtechnologie«, in: *Das Argument* 281, 51. Jg., 2009, H. 3, 409-19

Winker, Gabriele, »Traditionelle Geschlechterordnung unter neoliberalem Druck. Veränderte Verwertungs- und Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft«, in: dies. u. M.Groß (Hg.), *Queer-Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse*, Münster 2007, 15-49

dies., »Neoliberale Regulierung von Care Work und deren demografische Mystifikationen«, in: S.Buchen u. M.Maier (Hg.), *Älterwerden neu denken*, Wiesbaden 2008, 47-62

dies. u. Nina Degele, *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld 2009